

Bernd Schüngel (VolksUni-Vorbereitungskreis)

Die Reform des Sozialsystems zwischen Sachzwang und Interessen

Verfaßt für eine kleine Freiburger Akademiker-Zeitschrift, Sept. 2004.

Stigmatisierung des Sozialen

„Wir können uns den Sozialstaat nicht mehr leisten.“ „In dieser Form“ fügen die Taktiker hinzu. Gemeint ist das selbe: Sukzessiver Abbau des Systems sozialer Sicherheit, für die einen bis zu seinem Verschwinden, für die anderen bis auf eine „Grundsicherung“, was immer das bedeuten mag. Die Verunglimpfung unseres Sozialsystems als eine Einrichtung für Willensschwache und Leistungsunwillige ohne „Eigenverantwortung“, die unsere Volkswirtschaft wie ein Krebsgeschwür auszehrt, wurde zur political correctness schlechthin, wer in diesen Chor nicht einstimmt, wer sich gar diesem kollektiven Wahn explizit widersetzt, wird intellektuell und moralisch diskreditiert – er versündigt sich an unseren Kindern, ja, an allen künftigen Generationen. Wer mag sich schon diesem Vorwurf aussetzen? Selbst der gewöhnlich sorgfältig recherchierende Journalist Claus Kleber spricht im heute-journal von „unserem Sozialstaat, der seit Bismarcks Zeiten vor sich hin wuchert“. Dieser Sozialstaat hat Generationen von deutschen Arbeitern und Angestellten ein materiell und mental wenigstens erträgliches Leben garantiert (er hat ihnen beileibe nicht alle Sorgen abgenommen), hat den sozialen Frieden gesichert und galt über die Grenzen unseres Landes hinaus als ein sehr positiver Standortfaktor, weil er es den arbeitenden Menschen ermöglichte, sich ohne Sorge um die nackte Existenz auf die berufliche Leistung zu konzentrieren. Noch heute gewinnt und hält die deutsche Wirtschaft ihre Märkte vor allem über die Qualität der Produkte und Dienstleistungen, und nicht über den Preis. Wie lange noch? Der Nimbus unserer Wirtschaft ist bereits angekratzt, Siemens mit seinen vier schwerwiegenden technischen Pannen in kurzer Folge ist leider kein Einzelfall (Combindo-Straßenbahn, Diesel-ICE-Zug, Kabinenbahn Skytrain, 65er Handy-Serie). Die Trübung des einstigen Glanzes von Made in Germany hat komplexe Ursachen, aber daß ständige Angst um den Arbeitsplatz, ausbleibende Honorierung der Produktivitätssteigerungen, gerade für qualifizierte Arbeitnehmer unmittelbar erfahrbar, gleichzeitig direkte Lohnkürzungen durch Mehrarbeit und indirekte durch ständig steigende „Zuzahlungen“ für soziale Leistungen, daß tiefe Zukunftsängste eine solide Leistung nicht gerade beflügeln, ist psychologisches Grundwissen. Der erhobene Zeigefinger „Eigenverantwortung“ schafft da kein Gegengewicht, um so weniger, wenn Leute damit operieren, die auf „Eigenverantwortung“ nicht sonderlich angewiesen sind und für die eigenen Fehler nicht gerade stehen müssen: Wirtschaftsprofessoren (Beamte), Manager (Ruhegehälter, Pensionen, Abfindungen, Aktienoptionen – alles auch oder gerade bei Mißerfolg), Politiker (daß die für ihre Fehlleistungen, aktuell Bodewig und Stolpe, nicht haften, weiß inzwischen jeder Wähler und jeder Wahlverweigerer).

Die deutschen Ingenieure und Facharbeiter hatten über 100 Jahre lang durch unser Sozialsystem den Rücken frei für Qualitätsarbeit und Arbeitsethos, und eroberten so unserer Wirtschaft (bzw. ihren Arbeitgebern) ein Stück Weltmarkt nach dem anderen, in Symbiose mit kluger Unternehmerinitiative. Es läßt sich eine hohe Korrelation zwischen der Entwicklung unseres Sozialsystems einerseits und den wirtschaftlichen Erfolgen Deutschlands andererseits nachweisen. Der Ingenieur und der Facharbeiter, gerade sie durch ihre verantwortungsvolle Arbeit Garanten unseres Wohlstands, lebten nicht ohne „Eigenverantwortung“, weil sie wußten, daß ihnen bei einem Unfall von der Solidargemeinschaft geholfen wird. Was für eine Begriffsverwirrung, ein vernünftiges, auf Solidarität beruhendes, im gesellschaftlichen Kon-

sens zustande gekommenes Versicherungssystem in Gegensatz zur Eigenverantwortung zu setzen! Aber Tag für Tag, ein Leben lang, um die eigenhändig erarbeitete, jedoch unbeeinflussbar börsenabhängige Alterssicherung bangen zu müssen, sich bei chronischen Erkrankungen von der privaten Kasse kündigen oder erst gar nicht aufnehmen zu lassen, mit jedem Kind höhere Kassenbeiträge leisten zu müssen, das gilt den „Reformern“ offensichtlich als ein Leben in „Eigenverantwortung“. Besonders das letzte Beispiel wird dazu führen, daß viele Paare auf das Großziehen von Kindern „eigenverantwortlich“ verzichten werden.

Sozialstaat zu teuer – leere Kassen

Aber ist es nicht so, daß wir uns diese alten Sicherheiten, den Solidargedanken als gesellschaftliche Praxis, wirtschaftlich überhaupt nicht mehr leisten können? Unsere Volkswirtschaft gibt das doch einfach nicht mehr her, sie hat diese Kraft nicht mehr! Diese Argumentation stellt die Realität auf den Kopf. Warum sollen Aufgaben, die in Zeiten deutlich niedrigeren Sozialprodukts unsere Gesellschaft ganz selbstverständlich, und von den Interessengruppen im Kern akzeptiert, finanzieren konnte: Soziales, Kultur und Ästhetik, öffentliche Ordnung und Hygiene, Bildung in ordentlichen Schulen und Universitäten, Sportanlagen für jedermann usw., heute, angesichts des höchsten realen Sozialprodukts aller deutschen Zeiten, absolut und pro Kopf und erst recht pro Erwerbstätigen, auf einmal nicht mehr zu finanzieren sein? Wenn wir über Reformen debattieren – und Reformen sind notwendig -, dann sollten wir immer an unseren Reichtum denken, an die einmalig große Masse, die uns zur Verteilung zur Verfügung steht.

Nun befindet sich bekanntlich die deutsche Wirtschaft seit Jahren in einer Wachstumsschwäche, die diesbezüglichen Schuldzuweisungen vernehmen wir jeden Tag. Aber wir hatten in den vergangenen Jahrzehnten, von ein oder zwei Ausnahmen mit Null-Wachstum abgesehen, jedes Jahr ein positives Wachstum, und jedes Jahr von einer höheren Basis ausgehend. Wenn bei einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) von (etwa) 2.000 Mrd. € ein reales Wachstum von nur einem halben Prozent erzielt wird, so stehen am Ende des Jahres für 10 Mrd. € mehr Güter und Dienstleistungen zur Verfügung. Bei einem Wachstum von 1,5% sind wir um Güter und Dienste im Wert von 30 Mrd. € reicher – das ist deutlich mehr als das ganze BIP des Landes Bremen. Dieser Zuwachs müßte doch ausreichen, um wenigstens den Status quo bei den öffentlichen Gütern einschließlich der sozialen Sicherheit gewährleisten zu können.

Die Abschaffung des Solidarsystems ist weder notwendig noch ist sie die zieladäquate Antwort auf unsere Probleme, auch nicht seine Schrumpfung auf eine armutsträchtige „Grundsicherung“. Was sich geändert hat, ist die Zusammensetzung des Sozialprodukts: Der Anteil der sozialversicherungspflichtigen Löhne u. Gehälter ist gesunken, der Anteil der Unternehmergewinne, der Bezüge jenseits der Beitragsbemessungsgrenzen, der freiberuflichen und Kapitaleinkünfte ist gestiegen. Von 1980 bis 2002 sind die Reallöhne und –gehälter der Arbeitnehmer im Durchschnitt lediglich insgesamt um 1,6% gestiegen, bei einer historisch einmalig hohen Steigerung der Arbeitsproduktivität und bei fast immer positivem, z.T. hohem Wirtschaftswachstum. In den sechziger Jahren waren die Reallöhne noch eng mit der Dynamik des BIP verknüpft. Das BIP wuchs real um 46,9 Prozent, die Reallöhne stiegen um 47 Prozent (nach W. Obst u. H. Flassbeck). Die finanziellen Folgen des Zurückbleibens der Arbeitnehmerereinkommen ab 1980 waren für die Sozialversicherungen gravierend: Das Wachstum ihrer Einnahmen aus den Beiträgen der Versicherten blieb weit hinter dem Wachstum des BIP zurück, nicht jedoch ihre Ausgaben; der Staat mußte mit Steuermitteln einspringen, da die auf Kosten der Löhne stark gestiegenen Unternehmenseinkommen nicht kompensatorisch herangezogen wurden. Mit anderen Worten: der Teil des Produktivitätsgewinns, der

zugunsten der Arbeitgeber den Arbeitnehmern vorenthalten wurde und noch wird, leistet keinen Beitrag mehr zur Finanzierung der Solidargemeinschaft. Wir haben es also heute mit einem *Verteilungsproblem* zu tun, und nicht mit dem Problem fehlenden Reichtums und zu geringen Wachstums. Somit müssen wir die *Finanzierung* des Sozialsystems ändern, und nicht das System entkernen oder gar abschaffen.

Die Senkung der Lohnnebenkosten schafft Arbeitsplätze

Die Dirigenten des Chors der „Reformer“ fordern unisono, die Lohnnebenkosten, also die überwiegend noch immer paritätisch von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gezahlten Beiträge zu den Sozialkassen, zu senken. Solange keine alternativen bzw. ergänzenden Finanzierungsquellen erschlossen, solange also nicht andere Einkommensarten neben den Löhnen und Gehältern beitragspflichtig gemacht werden, vergrößert die Senkung der Lohnnebenkosten das Defizit der Sozialversicherungen. Die Antwort der „Reformer“ ist bekanntlich die Ausgrenzung von bisher erbrachten Leistungen in die „Eigenverantwortlichkeit“ der Versicherten, also der Abbau unseres Systems sozialer Sicherheit.

Die wesentliche Begründung dieser Politik haben wir in den vergangenen Jahrzehnten so häufig und so unablässig vernommen, daß wir alle sie im Schlaf hersagen können: Die Senkung der Lohnnebenkosten entlastet die deutschen Unternehmen, macht sie somit international wettbewerbsfähiger und führt zur Aufstockung ihres Personals. Aber welcher Impuls ist von der Senkung der Lohnnebenkosten tatsächlich zu erwarten? „Drei Prozent weniger Lohnnebenkosten bedeuten über eine Dauer von zwei Jahren 550.000 Arbeitsplätze mehr. Die hohen Sozialausgaben sind die Achillesferse unseres Arbeitsmarkts“ (Bert Rürup). Dazu ein Blick auf die makroökonomische Größenordnung der Unternehmensbelastungen durch die Sozialversicherung. Im gesamten verarbeitenden Gewerbe betrug 1998 der Personalkostenanteil an dessen Bruttoproduktionswert 22,8% - mit abnehmender Tendenz (wegen des rasanten technischen Fortschritts). Die Großunternehmen liegen deutlich unter dem Durchschnitt des verarbeitenden Gewerbes. Die in den 22,8% Personalkosten enthaltenen Sozialabgaben machen 3,5% des Bruttoproduktionswertes aus. Sänken diese Lohnnebenkosten um 3%, „dann reduzierte sich die Belastung um 3% von 3,5%, also um 1,17 Promille (!!). Bei voller Überwälzung auf den Preis würde ein Produkt, das 1000 € kostet, nur noch 999 € kosten. Wie können hiervon Beschäftigungseffekte ausgehen, gar ´über eine Dauer von zwei Jahren´ mehr als eine halbe Million neue Arbeitsplätze entstehen?“ (H. Kühn: Leere Kassen. Argumente gegen einen vermeintlichen Sachzwang, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 6/2003). Die tatsächliche Belastung der Unternehmen durch Personalkosten wird in den Lohnstückkosten ausgedrückt, die international gebräuchliche Kennziffer aus sämtlichen Lohnkosten, Arbeitszeit und Arbeitsproduktivität. „Die Lohnstückkosten sind in Deutschland laut Sachverständigenrat (2002/03) von 1995 bis 2001 um durchschnittlich (bei den Großen also um noch mehr, B.Sch.) 2,4% gesunken und damit um mehr als das Zehnfache der G7-Länder insgesamt (0,2%). Das sind unvergleichlich gewichtigere Entlastungen als die von Rürup genannten ´drei Prozent weniger Lohnnebenkosten´ - ohne daß in diesem Zeitraum auch nur ein einziger zusätzlicher Arbeitsplatz zustande gekommen ist“ (Kühn, a.a.O.).

Aber wird nicht bei den arbeitsintensiveren kleinen Gewerbetreibenden, vor allem beim Handwerk, der Impuls für mehr Beschäftigung deutlich stärker sein? Wir rechnen das mal durch:

Das Unternehmen, das unsere Heizung in Ordnung hält, berechnet uns für eine Arbeitsstunde rund 50 €. Der Monteur verdient brutto ca. 15 € pro Stunde und leistet Sozialabgaben von 21%, also 3,15 €. Der Arbeitgeber legt nochmals 3,15 € drauf. Zusammen 6,30 €. Dieser Be-

trag entspricht 42% Lohnnebenkosten. Wir senken jetzt den Prozentsatz auf 40%. Macht genau 6 € Lohnnebenkosten.

Ergebnis: Das Unternehmen spart ganze 30 Cent Lohnnebenkosten. Für die Arbeitsstunde seines Monteurs könnte es uns jetzt statt 50 € lediglich 49,70 € berechnen. Ein 8-Std.-Tag bringt somit dem Unternehmen oder dem Kunden eine Ersparnis von 2,40 €.

Wir senken jetzt die Lohnnebenkosten auf 35% - Traumziel der Unternehmerverbände und aller Parteien, vorläufig. Die Lohnnebenkosten betragen 5,25 € und die Kosten für die Arbeitsstunde sinken auf 48,95 €. Bei 10 beschäftigten Arbeitnehmern macht die Differenz pro Stunde 10,50 € aus, pro 8-Std.-Tag für den Meister also eine Ersparnis von 84 €, pro 40-Std.-Woche von 420 €, pro Monat von ca 1.700 €. In etwa dafür könnte rein rechnerisch unser Handwerksbetrieb einen Arbeitnehmer zusätzlich einstellen. Wie groß ist die Wahrscheinlichkeit, daß er es auch tut? Die neue Kraft müßte mit Arbeitsmitteln ausgestattet werden, möglicherweise bis hin zu einem zusätzlichen Monteurfahrzeug. Der Handwerksmeister müßte also investieren – auch in Kapital. Es entstehen laufende Kapitalkosten (Abschreibung und Verzinsung) als fixe, also vom Auslastungsgrad des Betriebs und des neuen Arbeitnehmers unabhängige Kosten. Bei der gegenwärtigen konjunkturellen Lage wird der Handwerker mit Investitionen sehr vorsichtig sein. Er wird die 1.700 € wohl eher als zusätzlichen Gewinn einstecken, ohne Risiko, und den Sozialabbau loben, vielleicht mit der Begründung, daß er ohne diesen einen Arbeitnehmer hätte entlassen müssen.

Nun müssen wir unsere Rechnung aber noch auf das Fundament des grundgesetzlichen Eigentumsschutzes stellen, wodurch die Erfolgsaussichten des Programms „Arbeitsplätze durch Sozialabbau“ weiter sinken, nämlich auf genau die Hälfte. Denn die Hälfte der soeben errechneten „Einsparungen“ gehört ja nicht dem Unternehmer, sondern dem Arbeitnehmer. Dieses Geld darf der Unternehmer ebenso wenig einbehalten wie eine Lohnsteuersenkung. Jetzt stehen unserem Handwerksmeister nur noch monatlich 850 € für die Aufstockung seines Personals zur Verfügung. Dafür gibt es nicht einmal bei Clement und seiner „Agentur für Arbeit“ einen qualifizierten Arbeitnehmer (noch nicht).

Wohlgemerkt, die errechnete Ersparnis tritt ein bei einer Senkung der Lohnnebenkosten um 7%! Heute geht es aber lediglich um die Senkung der Abgaben für die GKV um ein halbes bis ein Prozent, wobei der Erfolg, wie bekannt, sehr ungewiß ist. Und dafür diese enorme Belastung der Versicherten, Kassen und Ärzte, dafür diese ganze zusätzliche Bürokratie! Dafür diese Verunsicherung der Menschen, die Steigerung ihrer Unzufriedenheit und Zukunftsangst! Worum geht es den „Reformern“ wirklich?

Unser Meister würde jedoch auf der Stelle seine Belegschaft vergrößern, ohne auf eine Senkung der Lohnnebenkosten zu warten, wenn deutlich mehr Leute, aber auch KiTas, Schulen und Universitäten es sich leisten könnten, ihre alten Heizungsanlagen durch neue, energiesparende zu ersetzen, wenn aus einer boomenden Baubranche heraus die Nachfrage nach diesen Produkten und Leistungen mit der Aussicht auf Dauer kräftig ansteigen würde, z.B. durch die notwendige Renovierung öffentlicher Gebäude.

Jeder sein eigener Unternehmer

Eine große Bedeutung für den Arbeitsmarkt haben inzwischen die Existenzgründungen erlangt, mit dem Programm „Ich-AG“ auch öffentlich gefördert: von der Kneipe, dem Weinladen, der Boutique über Graphik-, Design- und Werbe-„Unternehmen“, Anlage- und Unternehmensberatern, über Galerien und privaten Theatern bis zu Nischenbetrieben im Hightech- und Kommunikationsbereich. Diese kleinen Gewerbetreibenden haben häufig überhaupt kein

Personal, es sind Ein-Mann-, Eine-Frau- oder Familienbetriebe – oder sie bilden eine GbR, die nur Gesellschafter, also Selbständige hat, aber keine sozialabgabepflichtige Angestellten. Hier greift eine Senkung der Lohnnebenkosten überhaupt nicht. Die Quote der Insolvenzen ist hier besonders hoch, Jahr für Jahr, in der Regel trotz Professionalität, hohem persönlichen Einsatz („Selbstausschöpfung“) und Risikobereitschaft. Was bleibt, sind die Schulden mit ihren verheerenden Folgen für die künftige Existenzsicherung.

Woran scheitern die Existenzgründer? Vor allem am allgemeinen Rückgang der Massenkauflkraft. Was unserer Wirtschaft fehlt, ist Nachfrage, die Kapazitäten sind generell nicht ausgelastet, Warenlager müssen zu Schleuderpreisen geräumt werden. Doch unter dem Druck der Wirtschaftsverbände betreiben unsere Regierungen seit 20 Jahren eine „angebotsorientierte Wirtschaftspolitik“, mit immer weiterer Reduzierung der Massenkauflkraft. Bekanntlich ist bei uns die Binnennachfrage außerordentlich schwach, die deutsche Wirtschaft ist einseitig exportabhängig. Das bekommen die Existenzgründer, aber auch alteingesessene Kleinunternehmen, tödlich zu spüren. Vielerorts veröden wegen der Geschäftsaufgaben als Massenerscheinung die Stadtkerne, in Großstädten wie Berlin die traditionellen Zentren in den Bezirken. Die gerade dort zunehmende Pauperisierung, auch infolge der sozialen Demontage, verstärkt den Trend zur Verödung und sogar Verslumung. Vereinzelt sprechen Politiker bereits von „Sozialbrachen“, die „wohl aufgegeben“ werden müssen. Wie soll hier eine Senkung der Lohnnebenkosten eine Wende zum Besseren bringen?

Wir haben ein *Nachfrageproblem*. Und Sozialabbau, Minilöhne, Lohnerhöhungen weit unterhalb des Produktivitätsgewinns verschärfen genau dieses Problem.

Hinzu kommt folgendes: Die ohnehin kaum meßbaren „Entlastungen“ der Unternehmen durch eine Senkung der Lohnnebenkosten werden im internationalen Wettbewerb schon durch einen geringen Kursanstieg des Euro gegenüber dem Dollar erheblich überkompensiert. Das volkswirtschaftliche Dilemma ist, daß die Finanzmärkte, warum auch immer, einen Sozialabbau mit höherer Nachfrage nach der Währung des „reformierenden“ Landes honorieren. Großbritannien hat mit seinem Pfund diese schmerzliche Erfahrung machen müssen – und stärkt inzwischen massiv seine Binnennachfrage.

Fazit: Die Reformpolitik der Regierung, ob Schröder/Fischer oder Merkel/Westerwelle, wird unter dem Strich keinen einzigen neuen Arbeitsplatz schaffen. Beim Handwerk/Mittelstand mag der eine oder andere Arbeitssuchende zusätzlich eingestellt werden, etwa über das Programm „Kapital für Arbeit“, bisher übrigens ein Flop, der eine oder andere frisch Ausgebildete mag zusätzlich mangels Anstellung den Sprung ins Ungewisse der Selbständigkeit wagen, dieser (temporäre) Gewinn wird aber überkompensiert durch den Abbau bei den Großen. Der Trend ist vorgegeben durch den technischen Fortschritt, und dessen Form wiederum durch das Wirtschaftssystem, in dem er sich vollzieht: den Kapitalismus. Bezeichnend für das Niveau unsere gesellschaftlichen Debatte ist, daß sich kein Politiker und kein „führender“ Ökonom, und natürlich auch kein Topmanager, diesem Problem stellt: daß aus technischen Gründen, aus Gründen der explosiv gestiegenen und weiter steigenden Arbeitsproduktivität überhaupt nicht genügend Arbeitsplätze vorhanden sind, also unmöglich jeder Mensch erwerbstätig sein kann – solange wir darauf beharren, die vorhandene Arbeit nach neoliberalen Marktgesetzen zu verteilen (vgl. unter vielen J. Rifkin: *Das Ende der Arbeit* – und ihre Zukunft, Frankfurt/M. 2001). Und so lange wir zunehmend nur solche Güter und Dienste produzieren, für die es einen privaten „freien“ Markt gibt.

Schlußlicht Deutschland

Eng verbunden mit der Argumentationskette „mehr Arbeitsplätze durch Senkung der Lohnnebenkosten“ ist die Behauptung, diese Politik würde wesentlich dazu beitragen, die Schwäche der deutschen Wirtschaft im internationalen Wettbewerb zu überwinden. Denn Deutschland hat, wie wir das ebenfalls seit zwei Jahrzehnten zu hören bekommen, international den Anschluß verloren und ist bei wichtigen Kriterien sogar zum Schlußlicht nicht nur unter den führenden Industrieländern geworden. Der Wiedergewinnung der Wettbewerbsfähigkeit und der Sicherung der Zukunft des Standorts Deutschland müsse deshalb höchste politische und gesellschaftliche Priorität zuerkannt werden.

Traditionelle Stärken des Standorts Deutschland:

Qualität, Service, Zuverlässigkeit/Vertragstreue
 Umfassende industrielle und Dienstleistungskompetenz im Land
 Infrastruktur
 Verkehrsnetz, Telekommunikation
 Energieversorgung
 Wasser u. Abwasser
 Bildung und Ausbildung: Facharbeiter, Ingenieur, Kaufmann;
 Wissenschaft u. Forschung durch den Staat und in den Unternehmen
 Staatliche Regulierung einschl. staatlich garantierter Qualitätssicherung ,
 effiziente Verwaltung
 Rechtssystem/Rechtssicherheit
 Keine Korruption/Unbestechlichkeit des öffentlichen und privaten Sektors
 Bankensystem, Rolle der Zentralbank (keine/nur geringe Inflation)
 Soziale Sicherheit und sozialer Frieden
 Unfallversicherung (Berufsgenossenschaften mit Arbeitsschutz)
 Gesundheitssystem
 Altersversorgung/Rentensystem
 Arbeitslosenversicherung
 Mitbestimmung (partnerschaftliches Konfliktmanagement)
 „Arbeitstugenden“, Motivation
 Hohes Sozialprestige von Leistung, auch der technisch-handwerklichen
 Leistungs- und Statusstolz des arbeitenden Menschen
 Bereitschaft und Fähigkeit, sich auf ausländische Märkte und ihre Menschen einzustellen

Wie ist es mit dieser Standortanalyse zu vereinbaren, daß die deutsche Wirtschaft Jahr für Jahr von ihren Kunden im Ausland zum „Exportweltmeister“ gemacht wird, ebenfalls seit Jahrzehnten? Traditionell erzielt der deutsche Außenhandel hohe Handels- und Leistungsbilanzüberschüsse, sogar bei steigendem Wert des Euro und trotz unserer Weltmeisterschaft im Reisen. Entweder sind die Geschäftsleute im Ausland als Kaufleute wenig professionell, oder das Gejammer über den schlechten Standort Deutschland ist Demagogie - mit dem Ziel, über die Verbreitung von Angst die Akzeptanz weiterer Einschnitte im Lebensstandard und einer weiteren Umverteilung des Sozialprodukts von unten nach oben in der Bevölkerung zu erhöhen. Eine andere Erklärung für dieses permanente konzertierte Schlechttreden des Standorts Deutschland ist nicht zu erkennen. Diese Standortkritik ist absurd. Was würden wir

dazu sagen, wenn die Manager und Sponsoren von U.S. Postal von Lance Armstrong jetzt, nach seinem sechsten Tour-de-France-Triumph, verlangen würden, ein sehr viel bescheideneres Leben zu führen und entschieden härter zu trainieren, um endlich seine internationale Wettbewerbsfähigkeit wiederzugewinnen?

Ein Standortproblem besteht in der Tat für alle traditionellen Industriegesellschaften: Die Verlagerung von Fertigungen und Dienstleistungen in Länder mit deutlich niedrigeren Arbeitskosten. Konkurrierende Standorte produzieren „schlanker“: Löhne von unter 1 \$ pro Tag, keine Pausen, kein bezahlter Urlaub, kein Sozialklimbim wie Kündigungsschutz, Arbeitssicherheit, Mutterschutz, Gesundheitsschutz für die Arbeitenden, Verbot von Kinderarbeit, Tarifautonomie (übrigens sämtlich „Regulierungen“, die das Erwirtschaften unseres historisch einmaligen Wohlstands begleitet haben), und auch keine Umweltsentimentalität. Ein deutscher Bekleidungsunternehmer verlagert gerade seine Produktion nach Rumänien, weil dort die Personalkosten nur ein Sechstel der deutschen betragen.

Müssen wir also doch kräftig herunter gehen mit unseren Arbeitskosten? Zumindest auf das Niveau von Rumänien? Und dann auf das der Philippinen und Indonesiens, im nächsten, finalen Schritt auf das Lohn- und Sozialniveau von Laos, Vietnam und afrikanischer Länder? Wenn dem aus Sicht „der Wirtschaft“ notwendigerweise so ist, dann sollten uns das die Herren von BDA, BDI, DIHK, die Personalchefs von Siemens und VW, die redefreudigen Wirtschaftsprofessoren doch offen sagen. Grenzen des Lohn- und Sozialabbaus nennen sie jedenfalls nicht. Sie fordern grenzenlos und kategorisch, doch bei ihrer Gegenleistung bleiben sie unverbindlich, wie BDI-Präsident Rogowski jüngst im Interview mit der Berliner Zeitung. Vehement fordert er „die Einrichtung eines echten Niedriglohnsektors“. Auf die hier ansetzende Frage: „Wann wird die Arbeitslosigkeit die Vier-Millionen-Marke im Jahresdurchschnitt unterschreiten?“ antwortet er: „Mit viel Glück könnte das im Jahr 2006 der Fall sein“ (Berliner Zeitung v. 4.9.2004). Die Existenz eines Niedriglohnsektors, wie „echt“ auch immer, geht keinesfalls nur die dort tätigen ehemaligen Arbeitslosen etwas an. Im aktuellen Brandenburger Wahlkampf ist bekannt geworden, daß Träger von Pflegeheimen gegen ihre ursprüngliche Absicht, Arbeitslose, die auf den Pflegeberuf umgeschult wurden, nicht eingestellt haben, mit der Begründung, man warte auf die Einführung der 1-EURO-Jobs. Kurz, ein Niedriglohnsektor drückt getreu den Marktgesetzen auch die Löhne und beeinträchtigt die Arbeitsbedingungen im tarifvertraglich geregelten Sektor. Was wird bei dieser Politik aus unseren Sozialversicherungen? Sie könnte für sie zum Todesstoß werden. Die Niedriglohnarbeiter müssen sich eben „eigenverantwortlich“ eine private Alterssicherung aufbauen.

Aber was tun gegen den Sog, den Niedrig- und Niedrigstlohnländer nun einmal auf eine zunehmende Zahl von Unternehmen ausüben? Die betroffenen Arbeitnehmer, die Gewerkschaften und die Öffentlichkeit sollten in jedem Einzelfall prüfen, ob und inwieweit eine Verlagerung in ein Niedriglohnland betriebswirtschaftlich notwendig ist. Wurde vom Unternehmen in der Vergangenheit ein zumindest angemessener Gewinn erzielt, also bei Zahlung der „hohen“ deutschen Löhne und Sozialabgaben, so hat innerbetrieblicher und politisch-gesellschaftlicher Druck gegen eine Verlagerung das bessere Argument. Wir erinnern uns, daß bei technisch modernen, kapitalintensiv arbeitenden Unternehmen die Personalkosten bei 20% liegen. Die Kostenersparnis einer Verlagerung ist also in diesen Fällen überschaubar, und da eine Verlagerung selbst Kosten verursacht, auch laufende, etwa bei Logistik, Transport und Infrastruktur, die der Einsparung bei den Personalkosten gegengerechnet werden müssen, zeigt sich möglicherweise als Ergebnis des Nachrechnens, daß das eine oder andere Unternehmen seine Verlagerungsabsicht allein als Disziplinierungsinstrument in die Welt gesetzt hat.

Doch es wird verlagert, im großen Stil, für arbeitsintensivere Unternehmen lohnt sich dieser Schritt. Entweder man produziert selbst im Niedriglohnland, oder man läßt dort produzieren. In beiden Fällen gehen am bisherigen Produktions- oder Dienstleistungsstandort Arbeitsplätze verloren. Betriebswirtschaftlich mag das rational sein, Kostensenkung = Gewinnerhöhung oder/und Preissenkung. Aber was bedeutet dieser globale Prozeß volks- und weltwirtschaftlich? Gut bezahlte Arbeiter und Angestellte verlieren ihren Arbeitsplatz und ihr Einkommen. Ihre Arbeit verrichten jetzt extrem niedrig bezahlte Menschen. Wie gesagt, dieser Prozeß verläuft global, ganze Branchen wechseln aus den traditionellen Industrieländern in die Unternehmerparadiese im Süden und Osten, z.B. die Bekleidungsindustrie und die arbeitsintensiven Callcenters (z.Zt. aus den U.S.A. nach Indien). Dieser Prozeß verursacht eine ganz erhebliche Reduzierung der internationalen Kaufkraft und Endnachfrage, denn er betrifft Schichten mit sehr hoher Konsumquote. Was bedeutet das für die Weltkonjunktur? Rhetorische Frage. Irgendwann schlägt diese Vernichtung von Nachfrage auch auf das verlagernde Unternehmen zurück. Die Nike-Arbeiterin im Industrieland kann sich Nike-Schuhe leisten, die Frauen und Kinder in den asiatischen Nike-Produktionsstätten können das nicht.

Internationale Standards – nicht durchsetzbar

Diese Beispiel zeigt eindeutig, daß die Summe der betrieblichen Optima nicht das volkswirtschaftliche oder weltwirtschaftliche Optimum ergibt. Diesem Optimum können sich Volks- und Weltwirtschaft allein mit politischen Mitteln nähern, notfalls gegen betriebliche oder branchenbezogene Partialinteressen. Die hohe internationale wirtschaftliche Verflechtung erfordert auch eine internationale Politik – nicht nur zur Vermeidung des Verfalls der weltwirtschaftlichen Nachfrage. Vor allem in den Bereichen Menschenrechte, Organisationsrecht, Existenzsicherung und Soziales sowie Umwelt besteht dringender internationaler Regulierungsbedarf. In diesen Grundfragen menschlicher Existenz werden verbindliche, durchsetzbare internationale Standards benötigt. Sie würden überall in der Welt, auch hier in Deutschland, die Arbeitnehmer und darüber hinaus die gesamte Bevölkerung weniger erpreßbar machen, die nationalen Gesellschaften könnten nicht mehr wie bisher gegeneinander ausgespielt werden. Internationale Standards sind nicht durchsetzbar, sagen die „Realisten“. Woher wissen sie das? Die Globalisierung ist das Produkt menschlicher Entscheidungen und kann somit grundsätzlich durch menschliche Entscheidungen menschengerecht gestaltet werden. Der Abbau von Handelsbarrieren war schließlich auch durchsetzbar, in jahrzehntelangen Verhandlungen, die noch immer nicht abgeschlossen sind. Entscheidend ist der politische Wille und die Geduld, mühselig dicke Bretter zu durchbohren (frei nach Max Weber).

Versuch einer Systematik möglicher internationaler Standards

1. Soziales

- Mindestlöhne
- Mindestpreise für kleine Bauern u. Handwerker, s. Fair-Trade-Kampagne
- Lohnfortzahlung im Krankheitsfall
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – zugunsten von Frauen und Minderheiten, aber auch als Schutz vor Lohndumping bei Wanderarbeitern
- Arbeitszeit (tägl., wöchentl., jährlich – also einschließlich Urlaubsregelung)
- Arbeitssicherheit einschl. Versicherung gegen Unfall u. Berufskrankheiten
- Kinder-, Jugend- und Frauenschutz
- Altersversorgung
- Krankenversorgung
- Hilfe bei Arbeitslosigkeit
- Kündigungsschutz, Arbeitsrecht allgemein
- Koalitionsfreiheit, freie Gewerkschaften
- Sozialverträglichkeitsprüfung bei Großinvestitionen (z.B. Bauernland für Stauseen)

2. Umweltschutz

- Boden, Wasser, Luft
- Lärmschutz
- Artenschutz (u.a. durch Schutz der Wälder), Tierschutz
- Umweltverträglichkeitsprüfung für Großprojekte, z.B. Staudämme, Großplantagen

3. Qualitäts- u. Sicherheitsstandards für Handelsware

- für Lebensmittel
- für technische Produkte
- für Chemikalien u. Pharmaka (auch Verbote)
- umfassende Kennzeichnungspflicht (für Verbraucher verständlich)

4. rechtliche Standards (z.T. bereits in Kraft)

- Verursacherprinzip
- Produkthaftung, Gewährleistung
- Marken- u. Patentschutz
- Eigentümer- u. Gläubigerschutz
- Wettbewerbsrecht
- Anti-Korruptionsrecht
- Regulierung der internationalen Finanz- u. Warenterminmärkte

5. Angleichung der Belastung durch öffentliche Abgaben

- Steuerharmonisierung
- Harmonisierung der Sozialabgaben

6. Standards für Transporte

- Straßenverkehr (LKW-Frachten)
- Bahntransporte
- Seefrachten (einige sind bereits in Kraft, jedoch mangelt es an strikter Anwendung und Kontrolle – s. "Erika"- u. „Prestige“-Katastrophen vor der europ. Atlantikküste)
- Luftfrachten – jeweils soziale u. ökologische Standards

7. Standards für allgemeine Menschenrechte

- allenfalls durchsetzbar: Verbot des Menschenhandels und des Handels mit Produkten aus Zwangsarbeit

8. Bedingung: wirksame internationale Kontrollen und Sanktionen.

Hier sind erhebliche Schwierigkeiten zu erwarten, wie etwa der illegale Tierhandel beweist